

**Rede  
des Sprechers für Energiepolitik**

**Volker Senftleben, MdL**

zu TOP Nr. 30

Abschließende Beratung  
**Für das Klima auf die Dächer gehen! Energiewende  
dezentral gestalten und die Sonnenkraft nutzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/4226

während der Plenarsitzung vom 10.11.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der jetzt diskutierte Antrag ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings bin ich doch erheblich verwundert über die unterschiedlichen Wahrnehmungen. Beim Tagesordnungspunkt 20 zum Thema Energiewende im Gebäudebereich haben wir heute schon vieles gehört und festgestellt, dass auch dort die Regierungsfractionen und die Oppositionsfractionen gar nicht so weit auseinanderliegen. „Für das Klima auf die Dächer gehen!“ - das Ziel streben offensichtlich alle an. Mein Kollege Herr Dorendorf hat schon sehr ausführlich über unseren umfassenden Antrag referiert, aber ich möchte noch auf fünf Punkte eingehen.

Anders als die Opposition setzen wir, die regierungstragenden Fraktionen, nicht auf Verbote oder Reglementierungen; wir wollen Anreize setzen. Wir wollen ein Anreizsystem ausbauen und damit nicht das klassische Eigenheim unnötig verteuern und dem Häuslebauer das Leben erschweren. Ich kann Ihnen versprechen: Wir machen das Thema hier zu einer Erfolgsgeschichte, Frau Byl.

Und weil wir das erreichen wollen und weil wir das machen, werden wir auch ganz gezielt auf PV-Speicher-Förderprogramme setzen, um Private und Kommunen in die Situation zu bringen, aktiv werden zu können. Genauso werden wir - wie ich heute schon bei TOP 20 gesagt habe - als Land Vorbildfunktion einnehmen, entsprechend unsere Liegenschaften vordringlich mit Solarthermie und Photovoltaik ausstatten und alle Potenziale, die bereits ermittelt sind, auch realisieren.

Und ja, wir sprechen uns sehr wohl an einer Stelle für eine Verpflichtung aus, und das ist im Bereich der gewerblichen Nutzung, gerade bei großen Dachflächen. Und wir haben auch die klare Vorstellung, dass man beim Denkmalschutz und auch in verschiedenen Bereichen der Raumordnung aktiv werden muss, um Photovoltaik- und Solarthermieanlagen besser und schneller zu realisieren.

Eine ganz besondere Richtungsentscheidung - da haben wir offensichtlich auch eine gänzlich unterschiedliche Wahrnehmung - ist, die Kommunen zu stärken. Wir wollen nämlich die Kompetenz der Kommunen deutlich ausweiten. Die Kommunen vor Ort sollen entscheiden, ob in ihrer kommunalen Bauleitplanung eine Pflicht zur Nutzung von Solarthermie oder Photovoltaik festgeschrieben werden soll.

Außerdem - das ist ein weiterer Punkt, bei dem wir uns sicherlich allesamt gewundert haben - beschreiben wir in unserem Änderungsantrag die erforderlichen Anpassungsbedarfe auf der Bundesebene deutlich detaillierter und konkreter. Darum bitten wir unsere Landesregierung auch, weiter mit Nachdruck beim Bund dafür einzutreten, dass beispielsweise die Abschaffung der EEG-

Umlage bei eigengenutztem Strom aus Photovoltaik oder die Abschaffung von Ausbaudeckeln bei der Förderung von Photovoltaikanlagen erfolgt.

Ich bin zuversichtlich, dass wir auch dort ziemlich schnell Ergebnisse produzieren werden, und bitte an dieser Stelle um Unterstützung unseres Antrages.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.